

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

294 (17.12.1930)

Volkstreuend

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 geteilte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellenanzeigen 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhaltung des Anzeigenplatzes, bei geringerer Verbreitung und bei Kontur außer Streit tritt. Erklärungen und Geschäftsbedingungen in Karlsruhe L. D. o. S. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Unter wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Aufseherin / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark o. Ohne Zustellung 2.20 Mark o. Durch die Post 2.00 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Erhältlich 6mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Nachmittags 2.00 Mark o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D. Waldstraße 28 o. Januar 2020 und 2021 o. Dultstr. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Nummer 294 Karlsruhe, Mittwoch, den 17. Dezember 1930 50. Jahrgang

Die Maske ist herunter!

Das Zwiegespräch im Rundfunk - Die Nazi als nackte Unternehmerpartei - Die elend betrogenen Arbeiterwähler der Nazi

Am Berliner Rundfunk und in der Deutschen Welle hielt am Dienstag abend der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Professor Kölling ein Zwiegespräch mit dem nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Feder über Sozialismus und Nationalsozialismus.

Die 10 geteilte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellenanzeigen 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhaltung des Anzeigenplatzes, bei geringerer Verbreitung und bei Kontur außer Streit tritt. Erklärungen und Geschäftsbedingungen in Karlsruhe L. D. o. S. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Naziangst vor der Wahrheit

Berlin, 16. Dez. (Eig. Drabik.) Am Donnerstag beabsichtigt der frühere Gauführer der Nazi in Sachsen, der bekannte Kapitänleutnant a. D. v. Müde den Nationalsozialisten in einer Versammlung im größten Saale der Reichshauptstadt „die Maske vom Gesicht zu reißen.“ Schon die Ankündigung der Versammlung ist den Berliner Nazi bitter in die Glieder gefahren. Jetzt hat die Führung ihrer Gefolgschaft den Besuch der Versammlung des „Renaissancen“ v. Müde ausdrücklich verboten.

Das Verbot wird damit begründet, daß man die Nazi in der Versammlung provozieren wolle, um der preussischen Regierung weiteres Material zu einem Verbot der Nazi-Partei zu liefern. Dabei denkt in Preußen niemand daran, den Goebbels und Konjorten etwas zu leide zu tun. Wenn sie trotzdem gegen die Teilnahme ihrer Anhänger an der Müde-Versammlung mit einem eventuellen Verbot der Nazi-Partei durch die preussische Regierung operieren, so zeigt das die ganze Größe ihres unreinen Gewissens. Um so notwendiger ist es, daß alle republikanischen Kreise für weitestgehende Verbreitung der Ausführungen des Kapitänleutnant a. D. v. Müde sorgen.

Spanien in Aufruhr

Widerspruchsvolle Meldungen

Paris, 16. Dez. Die am Dienstag nachmittag aus Madrid eingetroffenen Meldungen besagen, daß der Generalstreik, der am Montag in Bilbao erklärt worden ist, inzwischen beinahe auf ganz Spanien übergegriffen hat.

Spanische Regierungslage ungünstig

Die letzten Meldungen nach London

London, 17. Dez. Die letzten am Dienstag nacht in London eingetroffenen Privatnachrichten sowie die Meldungen des Reutersbüros lauten für die spanische Regierung sehr ungünstig.

In verschiedenen spanischen Häfen haben sich die Kriegsschiffe der revolutionären Bewegung angeschlossen. Da jedoch die Regierung immer noch den Ernst der Lage leugnet und strengste Zensur ausübt, ist das Ausmaß der Marinerevolte nicht zu überprüfen. Im Norden und Süden des Landes stehen verschiedene Provinzen in hellem Aufruhr. Es hat den Anschein, als hätte sich der Generalstreik, der sich am Montag auf verschiedene Städte erstreckte, über die gesamte Provinz ausgebreitet.

Nur in Madrid scheinen die Regierungstruppen die Lage noch fest in der Hand zu haben. Besonders verzweifelt ist die Situation in Barcelona. Mehr als zwei Personen dürften nicht über die Straße gehen. Sämtliche Hauptplätze der Stadt sowie der Bahnhof und alle öffentlichen Gebäude sind mit starken Militärtruppen besetzt. Die Lebensmitteläden müssen durch Maschinengewehre geschützt werden, da die Bevölkerung Lebensmittelmangel befürchtet und bereits am Montag fast sämtliche Läden ausgekauft hat. Auf den Banken werden ununterbrochen Gelddepots abgehoben. Die spanisch-französischen Grenze ist vollkommen gesperrt.

Der Kampf geht weiter

Paris, 16. Dez. Der Vertreter der Agentur Havas in Lissabon hatte heute mit dem spanischen Fliegermajor Franco eine Unterredung. Franco erklärte, die Aufstandsbewegung hatte die Ausrufung der Republik in Spanien zum Ziele, denn das Land brauche größere Freiheit. Der Luftland sei jetzt nur aufgeschoben, denn es handele sich um eine große nationale Bewegung, nicht aber um einzelne unbedachte Handstreichs. Die künftige Republik Spaniens, für die sie kämpften, könne nur eine bundesstaatliche Republik sein.

Spanien vor dem Umsturz



Das Königsfest von Madrid



Oben links: Ministerpräsident Brüning, der gegen die Revolutionäre mit aller Gewalt vorgeht. Unten links: Minister Zamora, der von den Republikanern zum Präsidenten erhoben werden soll.



Oben rechts: König Alfonso XIII. von Spanien, gegen den sich die Revolution richtet. Unten rechts: Fliegermaj. Franco einer der tätigsten Führer der Revolution.

Deutsche Auslandsverschuldung und Kapitalbildung

Von Wilhelm Reil, M. d. R.

Wenn die Wirtschaftskrise sich in besonders starkem Maße in Deutschland auswirkt, so kann nur nationalsozialistische Demagogie und unzählbarer Haß gegen die Sozialdemokratie die Ursache dafür in „marxistischer Mißwirtschaft“ erblicken. Wenn und wo hat die ökonomische Lehre des Marxismus innerhalb Deutschlands Gelegenheit gehabt, als wirtschaftliche Methode zur Anwendung zu gelangen? Doch höchstens in den mit dem Sakentanz abgetempelten Hohlköpfen. Wer nur mit dem kleinsten Mindestmaß von Sachkenntnis an die Prüfung der wirtschaftlichen Erscheinungen herantritt, findet sofort, daß zu der allgemeinen in der weltwirtschaftlichen Anausgleichtheit liegenden Ursache der Krise in Deutschland noch besondere, die Wirtschaftskrisis verstärkende Momente hinzutreten, an denen niemand unschuldig ist als Marxismus und Sozialdemokratie. Das ist erstens der Verlust großer Absatzgebiete der deutschen Industrie durch den Krieg, der den früheren Absatzländern für deutsche Industrieprodukte Gelegenheit gab, eine eigene konkurrenzfähige Industrie zu entwickeln; zweitens kommt hinzu die hochagrarische deutsche Zoll- und Handelspolitik, für die nicht die Bedürfnisse der deutschen Gesamtwirtschaft, sondern die Interessen der Großgrundbesitzer richtunggebend sind. Ein drittes Moment ist die einseitige Belastung der deutschen Wirtschaft mit großen Kriegsschuldengängen. Sucht man nach Schuldigen, so ist für diese in Deutschland besonders wirksamen Krisenursachen letzten Endes immer nur der nationalsozialistische Wahnwitz, der uns den verheerenden Krieg mit all diesen Folgen beschert hat, verantwortlich zu machen.

Wie sehr die Position Deutschlands in der Weltwirtschaft durch den verlorenen Krieg verschlechtert worden ist, das geht mit sinnfälliger Deutlichkeit aus der begriffenswerten Uebersicht über Deutschlands Arbeit in der internationalen Kapitalverflechtung hervor, die das Statistische Reichsamt veröffentlicht hat. Während Ende 1913 etwa 30 Milliarden deutsches Kapital in der ausländischen Wirtschaft angelegt waren, denen nur rund 10 Milliarden an ausländische Kapitalanlagen in Deutschland gegenüberstanden, ist heute das Verhältnis umgekehrt. Ende September 1930 war die deutsche Wirtschaft mit etwa 27 Milliarden ausländischen Anlagen belastet, denen nur 9 bis 11 Milliarden deutsche Anlagen im Ausland gegenüberstehen. Legt man dem Passivsaldo von 16 bis 18 Milliarden zu Lasten Deutschlands nur die viel zu niedrig geschätzte durchschnittliche Zinsquote von 7 Prozent zu Grunde, so ergibt sich daraus schon eine Belastung von 1,12 bis 1,26 Milliarden pro Jahr.

Dieser Druck wird dadurch verschärft, daß von der deutschen Verschuldung nicht weniger als 10,8 bis 11,8 Milliarden kurzfristig sind, also mit hohen Tilgungsraten abgedeckt oder am Fälligkeitstermin durch neue Schuldaufnahmen ersetzt werden müssen. Langfristig sind von den deutschen Auslandschulden 9,3 Milliarden. Auf ausländische Beteiligung an deutschen Unternehmungen und auf deutsche Filialen ausländischer Unternehmungen entfallen 4 Milliarden und schließlich werden die ausländischen Anlagen in deutschen Grundstücken auf 2 Milliarden geschätzt.

Umgekehrt steht es mit den deutschen Anlagen im Ausland nach dieser statistischen Erhebung, die natürlich große, auf dem Wege der Kapitalflucht abgewanderte Summen nicht erfährt. Das deutsche Vermögen im Ausland besteht in Höhe von 4,8 bis 5,8 Milliarden in kurzfristigen, in Höhe von 0,75 bis 1 Milliarde in langfristigen Schulden und Forderungen und in Höhe von 3,25 bis 4 Milliarden in Beteiligungen, Filialen und ausländischem Grundbesitz.

Für die gesamte deutsche Wirtschaft ist es kein Trost, daß von den im Ausland aufgenommenen kurzfristigen Schulden nur 500 Millionen auf die öffentlichen Körperschaften, 8,3 Milliarden auf die Banken, dagegen von den langfristigen 3,9 Milliarden auf die öffentlichen Körperschaften und 189 Millionen auf die Banken entfallen. Die produktive Privatwirtschaft, die 4,52 Milliarden langfristige neben 2 bis 3 Milliarden kurzfristigen Auslandsverschuldungen mitgeschleppt, läßt an dieser Last die Verbraucher ebenso mitleiden, wie die öffentlichen Körperschaften ihre Last der Masse der Steuerzahler aufbürden. Die erträglichsten Auslandschulden stellen noch die in ausländischen Händen befindlichen deutschen festverzinslichen Papiere dar, die jedoch am 30. September auf rund 800 Millionen zu schätzen waren.

Von den deutschen Nationalisten wird im Kampf gegen den Youngplan, für dessen alsbaldige Aufhebung oder wirksame Revision sie das Rezept noch nicht geschrieben haben, ständig darauf hingewiesen, daß die Reparationen seither mit vom Ausland geborgtem Geld bezahlt worden seien. Ohne auf eine genauere Nachprüfung dieser, für die parteipolitische Agitation formulierte These einzugehen, darf doch festgestellt werden, daß Deutschland nach der Inflation auf alle Fälle auch bei einer völligen Befreiung von Reparationslasten, die jeder Deutsche herbeiwünscht, in hohem Grade auf Auslandskapital angewiesen bleibt. Die Inflation und die Aufwertung, die 1925 von der Rechtsmehrheit des Reichstags durchgeführt wurde, war doch schließlich nichts anderes als eine Art Bilanzziehung, bei der die durch den Krieg vernichteten Werte am deutschen Kapitalvermögen abgeschrieben wurden. Bei dieser Bilanz, die den Sachwertbesitz begünstigte, den Kapitalbesitz dagegen rücksichtslos bluten ließ, blieben nur winzige Kapitalreste übrig. Wenn auch nach der Stabilisierung der Währung wieder eine erfreuliche Neubildung von Kapital in Deutschland einsetzte, die für die Jahre 1924 bis 1928 von Professor Magemann auf 36 Milliarden berechnet wurde, so ist das doch nur ein Bruchteil der Summe von 150 bis 200 Milliarden, die der Inflation, d. h. dem Vernichtungswerk des Krieges zum Opfer gefallen ist. Die Lage des Kapitalmarktes in Deutschland blieb trotz verminderter Kapitalbedarfs in der Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs angespannt, weil schon 1929, vor allem aber 1930 die innerdeutsche Kapitalbildung stark nachließ. Am deutlichsten zeigt sich der Rückgang bei den deutschen Sparkassen, die immerhin heute ohne Depósitos, Giro- und Kontokorrenteinlagen bereits wieder einen Einlagenbestand von mehr als 10 Milliarden aufweisen gegenüber 20 Milliarden vor Ausbruch des Krieges. Betrag die Zunahme der Einlagen vom Oktober 1928 bis zum Oktober 1929 noch 2,1 Milliarden, so verminderte sie sich von da bis zum Oktober 1930 auf 1,4 Milliarden, von welcher Vermehrung aber der überwiegende Teil auf die letzten Monate des vorigen und die ersten des laufenden Jahres entfällt. Im Oktober dieses Jahres betrug die Einlagenvermehrung mit 42,1 Millionen nicht

Schuldenwesen der Gemeinden

Neue Richtlinien für das Anleihe- und Ausgabewesen der Gemeinden

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich veröffentlicht im Berliner Tageblatt unter der Überschrift „Das Schuldenwesen in den Gemeinden“ einen Artikel, der die Richtlinien behandelt, die für das Anleihe- und Ausgabewesen der Gemeinden maßgebend sein sollen. Herr Dr. Dietrich schreibt:

Die Verhandlungen mit den Regierungen der Länder über die neuen Richtlinien für das Schuldenwesen der Gemeinden sind abgeschlossen. Die Richtlinien sind am 3. ds. Mts. vereinbart worden.

Anleihen und Darlehen von Gemeinden dürfen nur zur Deckung außerordentlichen Bedarfs und in allgemeinen nur für werbende Zwecke aufgenommen werden. Ihre Rückzahlung bei Fälligkeit muß gesichert sein. Der vorherigen Genehmigung der Landesregierung sollen die Gemeinden künftig nicht nur für rechtswirksame Aufnahme von Anleihen und Darlehen bedürfen, sondern, was bisher nur einzelne Landesrechte kannten, auch zur rechtswirksamen Übernahme von Bürgschaften und Garantien, sowie zur rechtswirksamen Übernahme anderer Sicherheiten. Umgehungsgeschäfte unterliegen ebenso wie die von ihnen verdeckten Kreditverträge der Genehmigung der Landesregierung.

Das Genehmigungsrecht der Länder ist unangetastet geblieben. Es ist jedoch Vorlage dafür getroffen worden, daß die Auslandsanleihen und Auslandskredite ohne Unterschied und die Inlandsanleihen, soweit sie für den öffentlichen Markt bestimmt sind, auf Bedingungen und Ausmaß von den im Reich verantwortlichen Stellen unter dem Gesichtspunkte einer pflichtigen Behandlung der Kapitalmärkte geprüft und nur gebilligt werden, wenn sie das Gesamtinteresse der öffentlichen und privaten Wirtschaft nicht verletzen.

Bei den Auslandsanleihen und Auslandskrediten wird grundsätzlich an der bisherigen Regelung festgehalten; die Beratungsstelle bleibt bestehen. Auch die Beratungsstelle soll in Zukunft von der Prüfung des Verwendungszweckes dann absehen, wenn die Landesregierung erklärt, daß der Verwendungszweck den Anforderungen der Richtlinien über die Aufnahme von Auslandskrediten entspricht. Die zweite Änderung besteht darin, daß für die Kommunen zwei kommunale Finanzsachverständige der Beratungsstelle hinzutreten, um auch hier durch ihre Mitarbeit zu helfen.

Bei den für den öffentlichen Markt bestimmten Inlandsanleihen liegt die Prüfung für die Bedingungen den Gemeinden selbst ob,

die sich zu diesem Zwecke bei ihren kommunalen Reichsplatzverwaltungen in lokalen zentralen Kreditausschüssen zusammenzuschließen haben. An den Beratungen dieser Kreditausschüsse werden je ein Vertreter des Reichsministers der Finanzen, des Reichswirtschaftsministers, des Reichsbankdirektoriums und der zuständigen Landesregierungen teilnehmen.

Einem befürwortenden Gutachten des zentralen Kreditausschusses kann der Vertreter des Reichsministers der Finanzen widersprechen. Die Landesregierung kann dann die Anleihe nicht genehmigen, bevor sie sich mit dem Reichsfinanzminister ins Benehmen gesetzt hat.

Bei dieser Regelung ist dem an sich berechtigten Verlangen der Gemeinden, es ihrer Verantwortung zu überlassen, in ihren eigenen Anleihen die Ordnung zu halten, die sie nicht nur ihrem eigenen Anleihen, sondern auch der Gesamtwirtschaft schuldig sind, Rechnung getragen. Auf der anderen Seite ist das Recht der Reichsstellen, auf deren letzten Endes die Verantwortung für Wirtschaft und Währungsfrage lastet, nicht beeinträchtigt. Mit Hilfe der in die Hand der Vertreter des Reichsfinanzministers gelegten Rechte besteht für sie die Möglichkeit, indem aus finanziellen und währungsrechtlichen Gründen wirklich bedenklichen Anleihevorschlägen entgegenzutreten und ihre Bedenken der Landesregierung, die die Anleihe zu genehmigen haben würde, erforderlichenfalls mit dem gebotenen Nachdruck zur Kenntnis zu bringen.

Die Neugestaltung der Richtlinien ordnet sich in das Bestreben der Reichsregierung ein, die Gemeinden in ihrer Selbstverwaltung zu stärken, wo sie zur Selbstverantwortung bereit sind und daraus auch die Forderung der Selbstbeschränkung ziehen, die der herrschenden Not entspricht. Zurückhaltung in der Ausgabe- und Anleihepolitik wird für die Kommunen wie für alle öffentlichen Rechtseinrichtungen das Beste sein müssen. Die Sorgsamkeit der Kreditbearbeitung wird auch für die mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestatteten kommunalen Versorgungsbetriebe gelten müssen. Soweit sie Kredite für Gemeinden selbst beschaffen, gleichviel in welchen Formen und auf welchen Wegen, werden die Bestimmungen der Richtlinien wirksam. Im übrigen sind sie vorläufig in die Regelung nicht einbezogen. Sollen sich daraus Mängel ergeben, so wird die Frage ihrer Einbeziehung einer Nachprüfung unterzogen werden müssen. Geplant ist die jetzige Regelung nur als eine Uebersichtsanordnung bis zum 1. April 1933.

General von Deimling

„Aus der alten in die neue Zeit“

Der in Baden-Baden im Ruhestand lebende General von Deimling, ein geborener Karlsruhe, ist in allen Reaktionslagern ein sehr geachteter Mann. Ein großer Teil unserer Leser kennt ihn persönlich von republikanischen Aushebungen, in denen er als Reichsbannermann für die Republik und für die Demokratie in der ihm eigenen leidenschaftlichen Weise gesprochen hat. Nicht nur die Reaktion an sich hat das dem alten wilhelminischen General aufs tiefste verübelt, auch ein nicht geringer Teil der früheren monarchistischen Offiziere haßten und beschimpfen ihn. Woraus sich Herr von Deimling allerdings nicht das geringste macht. Er war einst einer der schneidigsten und draufgängigsten Offiziere im alten Heer.

Wir sehen ihn heute noch, als er während des Krieges gegen die Hottentotten in Südwestafrika als Oberst in voller Galauniform der Kolonialoffiziere auf der Reichstagstribüne erschien und eine edle militärische Donnerrede auf den zunächst etwas verärgerten Reichstag herniederprasselte. Der kriegerisch-parlamentarische Ritt des Herrn von Deimling brachte ihm so ziemlich bei allen Parteien starke Mißbilligung ein. Hell begeistert war jedoch der Klub der radikalen, der folgendes Spottgedicht brachte:

Der von Deimling!
 Ich bin der Herr von Deimling
 Und Oberst nach der Zeit.
 Ich bin kein Kaiserkämmerling,
 Ich bin von Mark und Scheid.
 Ich fuchtle mit dem Säbel
 Am Bundesratsstisch
 Und haß' aus Ebnah und Bedel
 Mir ein Kasowitzemilch.

Herr von Deimling besiegte die Hereros und die Hottentotten und wurde später Kommandeur des 15. Armeekorps in Straßburg. Während seines Korpskommandos ereigneten

sich im Jahre 1913 die Vorfälle in Zabern, die damals in der ganzen Welt Aufsehen erregten. Herr von Deimling tritt scharf gegen die Offiziere ein, die mit der Zivilbevölkerung in einen Konflikt geraten waren. Wilhelm II. bewilligte ihm eine Pension.

Ich danke Ihnen für Ihre Meldung von heute früh. Sie sind mir für die Ordnung in Ihrem Korpsbezirk verantwortlich und werden es dabei an der nötigen Energie nicht fehlen lassen.

W. Reil.
 Und Wilhelm's ältester Sprößling, unser verflorenes samter Kronprinzip, telegraphierte:

Hoffe, daß die Offiziere in jeder Beziehung gegen die Unvorsichtigkeiten des Zaberner Mebes geschützt werden. Es müßte ein Exemplum statuiert werden, um den Herren Einbeobachtern die Lust an derartigen Vorfällen zu verlernen. Besten Gruß!

Die Beobachtungen und Erfahrungen, die Herr von Deimling während des Weltkrieges sowohl als Truppenführer, wie später auch nach seiner Verabschiedung gemacht hat, warnten ihn zu einem Gegner des Krieges um und als im November 1918 die Monarchie in Deutschland schmachvoll zusammengebrochen war, stellte sich von Deimling sofort in den Dienst der Republik auf demokratischer Grundlage. Dem ist er treu geblieben und er hat in jener kritischen Zeit, als das Reichsbanner gegründet und zur Schutzorganisation von dem bestehenden Staat machtvoll ausgebaut wurde, an dieser Arbeit leidenschaftlich und wertvollen Anteil genommen. Doch von ihm im Wilhelms-Berlag herausgegebene Erinnerungsbuch „Aus der alten in die neue Zeit“ ist außerordentlich lesenswert. Es hat natürlich den alten Kämpfer auch heftige Kritik eingetragen, was ihn aber in den Augen und im Urteil des republikanischen Deutschland nur ehrt.

einmal mehr die Hälfte der Augustsumme, die sich noch auf 85,8 Millionen belief und nicht einmal mehr ein Viertel der Zunahmesumme von 178,7 Millionen im Oktober 1928. In diesen Zahlen spiegelt sich neben der schlechten Wirtschaftslage die nach dem 14. September stark gesteigerte Kapitalflucht, zugleich sind sie ein Zeichen dafür, welches „Vertrauen“ die Masse der deutschen Sparrer der staatspolitischen Weisheit der nach der Staatsmacht strebenden Nationalsozialisten entgegenbringt.

Eine Aktion gegen die Birmanenser Kommunisten

Birma, 16. Dez. Die Regierung der Wals hat heute eine umfassende Aktion gegen die kommunistischen Umtriebe in Birma eingeleitet. In den ersten Kommissaratsstunden ergriffen plötzlich mehrere Autos der Landespolizei, insgesamt rund 220 Mann. Die Schuss wurde sofort in verschiedene Gruppen eingeteilt und zu Hausdurchsuchungen bei verdächtigen Personen ausgesandt. Im Zusammenhang damit wird von amtlicher Stelle erklärt: Gerichtliche und polizeiliche Untersuchungen haben bei Anhängern der kommunistischen Partei in Birmaens Vorwände festgestellt, die eine ernste Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeuten. Es sind Strengkörper gefunden worden, die offenbar zu verbrecherischen Angriffen bestimmt waren. Die kommunistische Arbeitermehr hielt regelmäßig Lehungen mit Handgranatenmerken (Lebungsbandgranaten) ab. Der Arbeiter-Schülerverein sorgte für die Schießausbildung. Wegen dieser Vorwände hat die Regierung die beiden Vereine für verboten und aufgelöst erklärt. Zur Vermeidung von Unruhen hat der Stadtkommissar alle öffentlichen Versammlungen, Umzüge und ähnliche Veranstaltungen der Kommunisten und Erwerbshöfen bis auf weiteres verboten.

Besserung im Befinden Poincarés

Paris, 16. Dez. (Eig. Draht.) Im Zustand des ehemaligen Ministerpräsidenten Poincaré scheint im Laufe des Dienstags eine wesentliche Besserung eingetreten zu sein. Ein amtlicher Bericht erklärt, daß sein Befinden befriedigend sei. Mehrere Nachsager, die im Laufe des Tages in der Wohnung Poincarés nachgesehen haben, versichern, daß die Familienangehörigen wie der Hoffnung geschloßt hätten. Kriegsminister Briand betont, daß man die weltmännischen Gerichte über das baldige Ableben Poincarés unbedingt demütigen müsse.

Große Zahlungseinstellungen in Amerika

New York, 16. Dez. Heute haben weitere 15 Banken in allen Teilen des Landes ihre Zahlungen eingestellt. Fast 500 Millionen Dollar sind durch diese Zahlungen verloren gegangen, ihre Schließung jedoch dürften bedeutende Minderungen von den Krediten der National Bank of California, deren Kapital 4 656 000 Dollar beträgt.

Hakenkreuzler überfallen Reichsbanner

Rosby, und Selbstbestimmung
 Braunschweig, 16. Dez. (Eig. Draht.) In der Nacht zum Dienstag überfielen 10 Studenten und 6 uniformierte Hakenkreuzler Reichsbannermitglieder des Braunschweiger Ortsvereins. Die Reichsbannerleute, die von einer Verammlung des weltlichen Ortsvereins kamen, ein heftiges Studentenräum passierten, schloß sich die Polizei mit dem Aue auf, sie: „Da kommen ja die Hakenkreuzer.“ Einer der Reichsbannerleute wurde darauf niederkniet und die beiden anderen wurden erheblich verletzt. Einem der Hakenkreuzer wurde ein Messer abgenommen. Der Täter ist bisher noch nicht festgenommen worden.

Freistaat Baden

Das badische Zentrum und die Notverordnungen

Der badische Zentrumsabgeordnete, Herr Dr. Föhr, nimmt zwei im Badischen Beobachter abgedruckten Artikeln Stellung zu den Notverordnungen. Aus den Artikeln ist klar ersichtlich, daß Herr Dr. Föhr darin nicht nur seine eigene Meinung zum Ausdruck bringt, sondern auch die der Führung der badischen Zentrumspartei. Herr Dr. Föhr betont, daß die badischen Zentrumsabgeordneten nur unter Überwindung größter Bedenken sich für Ablehnung der Anträge ausgesprochen haben, welche die Aufhebung der Notverordnungen bezweckten. Herr Dr. Föhr legt im einzelnen des Näheren dar, weshalb starke sachliche Bedenken das badische Zentrum gegen einzelne Teile der Notverordnungen hegt, so z. B. gegen die Neuordnung der Tabaksteuer, gegen die Realsteuerentlastung gegen das Steuervereinfachungsgesetz. Dabei plagt das badische Zentrum besonders die Sorge um die „armen“ Steuerzahler. Hinsichtlich der Neuordnung der Tabaksteuer meint Herr Dr. Föhr, es sei mehr wie schmerzhaft, daß ein Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei, der Reichsfinanzminister Dietrich, uns dieses Gesetz aufzulegen hat, das eine gerechte Rücksichtnahme auf die badische Wirtschaft direkt vermissen läßt.

Das badische Zentrum ist aber noch darüber hinaus mit Herrn Reichsfinanzminister Dietrich sehr unzufrieden, weil es hält, wie Herr Dr. Föhr ausdrücklich betont, den „unsachlichen Notverordnungen aufgezungenen Weg der Haupt für falsch“. Wenn das badische Zentrum seiner schweren Bedenken und trotzdem es den ganzen Tag der Sanierung des Herr Dr. Dietrich für falsch hält, nicht die Aufhebung der Notverordnungen gestimmt hat, so heißt das, weil die Entscheidung darüber, wie Herr Dr. Föhr meint, eine politische geworden ist. Wörtlich:

Der Vorschlag auf die drohenden Wirksamkeit eine Zustimmung zur Notverordnung als ganzem, trotz der Ablehnung einzelner Teile derselben, hätte die Möglichkeit bestanden, zu den einzelnen Teilen der Notverordnung Stellung zu nehmen, so hätte Standpunkt des badischen Zentrums aus kein Zweifel darzustellen, daß einzelne Teile abzulehnen seien. Diese Möglichkeit bestand jedoch nicht. Der Reichstag konnte nur entweder die ganze ablehnen oder das ganze annehmen...

So wie es bei der Entscheidung über die Notverordnungen im badischen Zentrum ergangen ist, so auch der Sozialdemokratie. Auch sie hat gegen einzelne Teile der Notverordnungen herabsetzende starke Bedenken und sie glaubt auch nicht, daß durch die Notverordnungen eingeleitete „Sanierungsmaßnahmen“ eine wirklich gute und für längere Dauer sichere Regierung herbeizuführen vermag. Aber auch die Sozialdemokratie hat im vollen Umfange bewußt, daß eine Außerkräftigung der Notverordnungen durch den Reichstag politisch wirtschaftlich auslösen müßte. Darum hat die Sozialdemokratie die Aufhebung der Notverordnungen abgelehnt, aber hat dabei den starken Vorbehalt gemacht, daß auf dem Wege der Gesetzgebung versucht werden muß, notwendige Änderungen herbeizuführen. Und die Sozialdemokratie hat eine ganze Reihe gesetzgeberischer Vorschläge gemacht, die Notverordnungen zu verbessern.

Die Deutsche Volkspartei gegen den Minister Kemmele

Die Deutsche Volkspartei im Badischen Landtag hat eine Forderung, besser gesagt, eine Freie Anfrage an die Regierung gerichtet, wegen der vom Minister Dr. Kemmele verabschiedeten „Novemberverbrecher“. Die Deutsche Volkspartei möchte wissen, ob die Regierung solche Veröffentlichungen billigt. Die Herren Volksparteiler sind offenbar der Meinung, ein Minister habe nicht das Recht, außerhalb seiner amtlichen Betätigung politische Vorgänge sowohl der Öffentlichkeit wie der Vergangenheit, mündlich oder schriftlich zu verbreiten. Der Inhalt der Broschüre mag Menschen von der richtigen Einstellung der deutschen Volksparteiler nicht überzeugen, aber zu einer amtlichen Beanstandung kam er in der Weise eine Handhabe bieten. Wir sind auch überzeugt, daß die badischen Volksparteiler kein Wörtchen der Kritik zu sagen würden, wenn ein volksparteilicher Minister die Verantwortung am Ende des Weltkrieges und bei der Staatsentstehung abgepflegt haben, in einer gegen den heutigen Stand der Deutschen Volksparteiler zwar eine förmliche, aber auch eine Freie.

Rechts mit den Führer-Behauptungen?

Der aufmerksame Leser des nationalsozialistischen Führer schreibt wieder zwei bezeichnende Feststellungen aus der Nummer 11 des Führerbriefes. Unter der Überschrift „SPD gegen die Erhebung der Reichssteuer“ ist zu lesen: „In der Dienstbescheinigung des Reichstaats hat die Sozialdemokratie wieder einen Antrag, alle Vermögen über 500.000 M. und Einkommen über 10.000 M. mit einer Sondersteuer von 20 Prozent zu belegen, abgelehnt. Die Sozialdemokratie die beantragte Aufhebung der Einkommensteuer über die Arbeitslosenversicherung.“ Geraben uns abgelehnt wurden, aber nicht daß die Nationalsozialisten die Einkommensteuer im Sinne von Gunsten der starken Steuerzahler abgelehnt haben! Noch mehr — jeder einfache Arbeiter aus dieser Aufhebung heraus, als ob die „arbeitnehmer“ Sozialdemokraten die in Ausübung der Einkommensteuer nicht mit raffinierter Verdrängung werden hier die Tat-

Niemand kann zwei Herren dienen — nur Klaus Möller wagt es

Die Geschichte zweier Postkarten und der mißglückte Sprung eines geruhssamen deutschen Spießers in die hohe Politik

Ueberschlauer Konjunkturpolitiker!

Die geistige Verwirrung, die schon bei der Reichstagswahl vom 14. September einen Teil unseres Volkes erfaßte, hat ein tragisches Opfer gefordert. Ganz in der Nähe von Mannheim ist der Schauplatz des furchtbaren Geschehens. Ein einfacher braver Bürgermann, der bisher noch nicht einmal die hohe Ehre hatte, in der politischen Arena unseres neu eingemeindeten Borussiae Sedenheim bekannt zu sein, hat sich durch einen Streich, dessen Genialität nicht zu übertreffen ist, beinahe zu Belüchtlung verholfen.

Das von allen Geistern des politischen Dilettantismus in bangen Stunden gewälzte Problem, wie es möglich ist, in der Postkarte Nr. 1

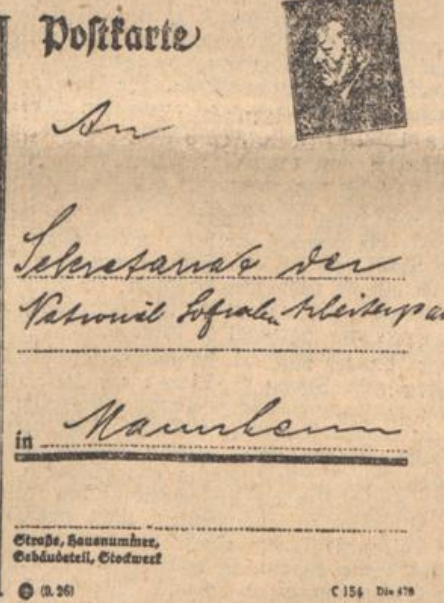


Mannheim - Sedenheim, Jan 10. 30.
Klaus Möller, Sp. 11. 30.
Klaus Möller, Sp. 11. 30.

Nachdem ich mich nicht mehr bei der Partei gemeldet habe, so bitte ich Sie, mich als Mitglied zu verzeichnen zu lassen. Ich bitte um gef. Aufnahme.

Klaus Möller, Sp. 11. 30.

Postkarte Nr. 2



Mannheim - Sedenheim, Jan 10. 30.
Klaus Möller, Sp. 11. 30.

Nachdem ich mich nicht mehr bei der Partei gemeldet habe, so bitte ich Sie, mich als Mitglied zu verzeichnen zu lassen. Ich bitte um gef. Aufnahme.

Klaus Möller, Sp. 11. 30.

Politik rasch zu Erfolg zu kommen, wurde von ihm auf eine ebenso einfache wie frappierende Weise gelöst.

Der große Entdecker ist kein Geringerer als der Sparsparassistent Klaus Möller aus Sedenheim, der nun aus dem beschriebenen geruhssamen Dasein eines tüchtigen Sparsparbeamten herausgetreten ist in das strahlende Kampenlicht der politischen Bühne. Seine Entdeckung offenbart eine derart übernatürliche Geistesgröße, daß sie der flammenden Weltweit nicht vorzuenthalten werden kann.

Und so geschah folgendes: Vor einigen Tagen traf auf dem Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei Mannheim, R. 3. 14, eine Postkarte folgenden Inhalts ein (siehe Bild 1):

„An das Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei in Mannheim.
Mannheim-Sedenheim, Hauptstr. 89, den 10. 12. 30.
Nachdem ich mich bisher indirekt zur Partei zählte, sehe ich es nunmehr an der Zeit, eingetragenes Mitglied zu werden und bitte um Uebersetzung eines Mitgliedskarte.“
Hochachtungsvoll mit Parteigrüß:
Klaus Möller, Sparsparassistent.

Doch die Freunde, die über das damit neugewonnene Mitglied der Sozialdemokratischen Partei in dem erlittenen Herzen unseres Sekretärs aufzulodern drohte, machte sehr rasch einem begrifflichen auch nicht allzu großen Schmerz Platz, den der Parteisekretär empfand, als hinter der ersten Karte plötzlich eine zweite zum Vorschein kam, auf der Herr Klaus Möller an die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Mannheim folgenden Entschluß kundzumachte (siehe Bild 2):

daß es nicht dem bösen Willen der Post zu verdanken ist, sondern lediglich dem unerforschlichen Mischgeschick einer höheren Gerechtigkeit.

Wahrscheinlich, wir Sozialdemokraten sind gewissenhafte Menschen, aber wir konnten es uns trotzdem nicht verkneifen, ehe wir die Postkarte, die an die Nationalsozialistische Partei adressiert war, an Herrn Klaus Möller zurückgaben, rasch von beiden Seiten die Briefe herzustellen zu lassen, so daß auch unsere Leser heute an diesem großen Ereignis ihre Freude haben können. Ja, wir glauben sogar, daß auch die Nationalsozialistische Arbeiterpartei, die ja bekanntlich auf die verruchte Sozialdemokratie nicht so gut zu sprechen ist, uns verzeihen wird, wenn wir ihr dieses neue Mitglied Klaus Möller erst durch diese öffentliche Bekannmachung zur Aufnahme empfehlen.

Klaus Möller, der ehrfame Sparsparbeamte oder Kassakassier, der nun seinen schlaunen Plan auf so schmähliche Weise durchkreuzt sieht, möge sich trösten damit, daß ja noch nicht aller Tage Abend ist und daß vielleicht doch noch ein Finden wird, der ihm zuliebe eine neue Partei gründet, in der er dann solchen Überwärtigkeiten, wie sie ihm jetzt begegnen, nicht mehr ausgesetzt ist. Allen anderen politischen Parteien aber empfehlen wir, ihre Neuaufnahmen der letzten Tage einer Nachprüfung zu unterziehen; denn wenn Herr Klaus Möller (Schade um den sympathischen Namen) schon von zwei Parteien aufgenommen sein wollte, warum kann es nicht möglich sein, daß er sein Ansuchen auch noch an einige andere Parteien weitergegeben hat?

Aber vielleicht haben die Nationalsozialisten wenigstens noch Mittel mit ihm und sehen zu, ob nicht doch noch ein geschicktes Pläzchen bei ihnen für Klaus Möller offen ist. Wir empfehlen ihn gerne weiter!

suchen versucht und auf den Kopf gestellt. Solche Moralgestalten wollen die Erneuerer des deutschen Volkes sein! Schönes drittes Reich, dem uns diese Geistesbedenken zuführen!

Ueber die Wahlen zum Karlsruher Stadtrat wird unter Aufsicht der nationalsozialistischen Stadträte gesagt: Wir sind überzeugt, daß die richtigen Männer auf dem richtigen Platz stehen! In der früheren Nummer 54 aber wird mit Bezug auf sozialdemokratische Stadträte, die Beamte waren, gesagt: „Nun frage ich mich, kann denn ein Stadtrat Aufsicht und Kontrollorgan über sich selbst sein? Und dann muß doch wohl der Chef, der über diesen Fortschritt die- selben mit Gleichmütigkeit behandelt, wenn ihm nichts passieren soll.“ Also hier grundsätzliche Ablehnung der Be-

amten als Stadträte! Und nun ist der städtische Beamte, der Stadtkassendirektor Erik Jäger, der auf einem besonders exponierten Posten steht, so sehr, daß in solchen Fällen selbst Vertreter des weitgehendsten Wahlrechts für die Beamten ein Prozeßzeichen machen, der richtige Mann auf dem richtigen Platz! Wie es sich trifft, die Nummer vom 22. Oktober mit den gegenteiligen Ausführungen liegt ja schon außer dem Gedächtnis! Solche Leute wollen aber ausmiffen, untern Volksparteier vor angeblicher Korruption reinigen! Sie haben jedem gesunden Geist wie leuchtend im Reichstag den Rücken zu! Möchte jeder vernünftige Wähler ihnen zu gegebenen Zeit den Schlag versetzen, der auf ihrer Rückseite am Platze wäre!

Die Filmhetze

Warum ist der Remarque-Film anstößig?

Kein Kinobesucher weiß es zu sagen

Das württembergische Innenministerium hatte sich bekanntlich durch die Oberprüfungsbehörde verbieten zu lassen. ...

unterstützen den Antrag. Der Innenminister erklärte jedoch, daß er zu dem Antrag noch keine Stellung nehmen könne, da sich zunächst der Ministerrat mit ihm beschäftigen werde.

In der Debatte erklärte Bürgermeister Seitz, daß es nach der österreichischen Verfassung keine Zensur gebe, jedoch ein Verbot unzulässig sei.

Schweizer Zeugnis gegen nationalistische Filmhetze

Zürich, 16. Dez. (Eia. Draht.) Am Dienstag wurde in Zürich vor erhabenen Gästen der Film „Im Westen nichts Neues“ vorgeführt. Die bürgerliche Neue Zürcher Zeitung schreibt dazu: „Wir haben den Film nach Sichten abgetastet, die deutsche Soldaten verunglimpfen. Wir haben nichts, rein nichts gefunden.“

Filmkrach im preußischen Landtag

Berlin, 16. Dez. Der Preussische Landtag führte am Dienstag eine Debatte über den Film „Im Westen nichts Neues“ durch, bei der es zu großen Vorkäufen kam. Die Sturmtruppen setzten ein, als der deutschnationale Abgeordnete Schmidt die Streikendemonstration wegen des Films als ein erhellendes Zeichen nationaler Widerstandes begrüßte.

Filmhetze durch österr. Heimwehr

Wien, 16. Dez. (Eia. Draht.) Im Nationalrat beantragten die Heimwehrangehörigen am Dienstag mit Rücksicht auf die drohende Verletzung der Ruhe und Ordnung die Aufführung des Films „Im Westen nichts Neues“ zu untersagen.

Aus dem Gerichtssaal

Körperverletzung mit Todesfolge

Karlsruhe, 15. Dezember. Wegen Körperverletzung mit nachfolgendem Tode stand heute der 35 Jahre alte verheiratete bisher Arbeiter, zuletzt in Forstheim wohnhafte Malermeister Friedrich Stobbe vor dem Karlsruher Schwurgericht (Vorstandsmitglied Dr. Kubmann). Bei Schilderung seiner Verhältnisse gibt der Angeklagte an, daß er während des Krieges eine Oberheilerverletzung durch einen Granatsplitter erlitten hat. Dieser Splitter wandelte sich mit der Zeit ins Herz, so daß er in Forstheim von seiner Militärrente von monatlich 180 M. leben mußte.

Medizinrat Dr. Stengel, Bezirksarzt in Forstheim, schildert das Ergebnis des Sektionsbefundes, wonach der Tod des Morlok durch die Verletzung der Schilddrüse eingetreten ist. Damit nicht länger bewerkstelligt wurde, ließ sich beim Sektionsbefund nicht feststellen. Es sind verschiedene Schlußfolgerungen möglich. Bei der Tat des Angeklagten handelte es sich um eine Verletzung durch Morlok, er handelte aus Erregung über die Behandlung, die ihm durch Morlok zuteil geworden war.

Erster Staatsanwalt v. Saffer (Forstheim) hält den Angeklagten im Sinne der Anklage für schuldig. Er verdiente weitgehende mildernde Umstände. Die Mindeststrafe für Körperverletzung mit nachfolgendem Tode seien drei Monate Gefängnis. Der Angeklagte vertritt die Anklage, auf eine entsprechende Strafe zu erkennen. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Nagel, plädierte auf Freisprechung. Das Schwurgericht verkündete folgendes Urteil:

Der Angeklagte wird freigesprochen. Die Kosten trägt die Staatskasse. Zur Urteilsbegründung führte der Vorsitzende an: Daß der Angeklagte den getöteten Morlok körperlich mißhandelt hat, und daß diese körperliche Mißhandlung letzten Endes den Tod des Morlok verursacht hat, darüber kann kein Zweifel bestehen. Für uns war entscheidend die Frage: Hat der Angeklagte vorsätzlich gehandelt oder nicht? Das Gericht ist zu der Auffassung gekommen, daß mit Rücksicht auf die vorausgegangene und schwere Mißhandlung, die der Angeklagte durch Morlok ausgeübt wurde und mit Rücksicht auf seinen körperlich-psychischen Zustand, er sich in dem Augenblick, als er im Gange des „Stuttgarter Hofes“ Morlok gegenüberstand, sich in einem Zustand befand, in dem er nicht mehr recht wußte, was er tat und in dem er seiner nicht mehr Herr war, so daß er letzten Endes strafrechtlich für die Tat nicht verantwortlich gemacht werden kann. Daber erfolgte Freisprechung aus subjektiven Gründen. Es blieb auch nicht unberücksichtigt, daß der Getötete kein besonders wertvoller Mensch war und die ganze Sache prozessiert hatte.

„Ich bin erschossen worden.“

Beamtin, die den Anzweiflungsbefehl nicht verhindern konnten, schickte sich darauf das Verletzte an, der nach dem Krankenhaus gebracht wurde. Stobbe mußte mit zur Polizeiwache. Nach 11-tägiger Untersuchungshaft wurde er wieder entlassen. In Einzelhaft erinnerte sich der Angeklagte nicht mehr. Insbesondere weiß er nicht, daß er in die Zelle griff und etwas herauszog, ehe er den Schlag gegen Morlok führte. Wie er vom „Stuttgarter Hof“ weggegangen war, erühd er erst am anderen Tage, worüber er ganz bestürzt war, denn mit einem solchen Ausgang hätte er nicht gerechnet. Aus den Akten wird festgestellt, daß Morlok wiederholt nachts Leute anempelte, beleidigte und fällige Verbrechen beging. Die verschiedenen Zeugen ergänzen im Einzelnen das oben geschilderte Eindrücke. Ein Zeuge hat gesehen, daß Stobbe dreimal mit den Schießeln von Morlok getreten worden ist, er sei recht über zugerichtet worden und habe aus dem Rande geschrien. Morlok war als Aufwächter und Ruheführer best. Der Angeklagte machte keinen betrüblichen Eindruck.

An unsere Leser!

Wolle zwei Stunden vor heute früh die Stromzuführung für unsere Schmalzmaschinen unterbrochen infolge eines Defekts an der Uhr. Die aktuelle Berichterstattung mußte deshalb außerordentlich eingeschränkt werden.

Verlag und Redaktion

gekommen, daß mit Rücksicht auf die vorausgegangene und schwere Mißhandlung, die der Angeklagte durch Morlok ausgeübt wurde und mit Rücksicht auf seinen körperlich-psychischen Zustand, er sich in dem Augenblick, als er im Gange des „Stuttgarter Hofes“ Morlok gegenüberstand, sich in einem Zustand befand, in dem er nicht mehr recht wußte, was er tat und in dem er seiner nicht mehr Herr war, so daß er letzten Endes strafrechtlich für die Tat nicht verantwortlich gemacht werden kann. Daber erfolgte Freisprechung aus subjektiven Gründen. Es blieb auch nicht unberücksichtigt, daß der Getötete kein besonders wertvoller Mensch war und die ganze Sache prozessiert hatte.

Abtreibung

Im Karlsruhe, 15. Dez. Wegen gewerksmäßiger Abtreibung hatte sich heute nachmittag vor dem Karlsruher Schwurgericht (Vorstandsmitglied Dr. Kubmann) der 54jährige verheiratete Mechaniker Friedrich Behre aus Badana, zuletzt wohnhaft in Kottensels, verantworten. Dem Angeklagten, der wiederholt wegen Abtreibung mit mehrjährigen Gefängnisstrafen vorbestraft ist, wird zur Last gelegt, Mitte Februar d. J. in Ottensau gegen eine Bezahlung von 15 Mark und in der Zeit vom 3. bis 16. August d. J. in Kottensels und Baden-Baden an schwangeren Frauenpersonen unerlaubte Eingriffe vorgenommen zu haben. Der Angeklagte, der seit 27. August d. J. in Untersuchungshaft sitzt, bekennt sich im Sinne der Anklage schuldig. Seitens des Anklagevertreters, Staatsanwalt Dr. Keller wurde gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von einem Jahre wegen gewerksmäßiger Abtreibung beantragt. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Hoffmann (Karlsruhe) trat für eine mäßige Gefängnisstrafe ein.

Weihnachten — Wirtschaftskrise.

Ein zeitgemäße Betrachtung

Zwei Begriffe ganz entgegengesetzter Gefühlsauslösung, icht aber über so oft in einem Atemzug genannt.

Weihnachten — weissen Herz ist nicht voller Hoffnungen und Erwartungen?

Wirtschaftskrise — und diese Hoffnungen und Erwartungen sind schmerzhaft zunichte.

Da stellt sich zu diesen beiden Begriffen ein dritter: Teilsahlungen.

Wozu der Leser die Zusammenhänge? Durch Teilsahlungen der wirtschaftlichen Weihnachten, durch Teilsahlungen der Teilsahlungen der Wirtschaftskrise.

Man hört die Einwendung: Leichtsin, in dieser Zeit, weiß man, ob die Zeiten nicht noch schlechter werden? Nun, ein jeder hat es selbst in der Hand.

Sammen Sie sich und ändern ein: kaufen — kaufen — kaufen und damit Arbeit schaffen. Sie helfen sich und Ihren Mitmenschen.

Arbeitsbeschaffung — das ist das Programm, nicht allein der großen Männer an der Spitze, sondern das Programm jedes Einzelnen.

Also kaufen — kaufen — kaufen, und da das Geld nicht reicht auf Teilsahlungen kaufen, nur Arbeit schaffen! Schon einmal im Jahre 1926 hat das Prinzip der Teilsahlungen mitgeholfen, die Wirtschaft wieder anzukurbeln.

Wer also den Kreislauf Weihnachten — Wirtschaftskrise — Teilsahlungen versteht, der bleibt nicht abseits stehen und wahr! seine und seiner Mitmenschen Interessen.

Das Schwurgericht gelangte nach eingehender Beratung zu der Auffassung, daß nicht gewerksmäßige, sondern lediglich einfache Verletzung vorliegt und erkannte wegen einfacher Abtreibung in zwei Fällen auf eine Gefängnisstrafe von acht Monaten, auf die drei Monate der erlittenen Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet werden. Gleichzeitig wurde auf Einziehung der zur Tat gebrauchten Spritze erkannt.

Kriminalkommissar Werner nach Bruchjal verbracht

Im Karlsruhe, 15. Dez. Der ehemalige Kriminalkommissar Karl Werner, der im Mai d. J. wegen Ermordung seiner Frau durch Arsenik zum Tode verurteilt wurde und letzte Woche vom Staatsministerium zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt wurde, ist jetzt nach dem Zuchthaus Bruchjal überführt worden, um seine Strafe zu verbüßen. Vorher nahm er die Gelegenheit wahr, bei seinem früheren Chef, Kriminaloberinspektor Heis, um Verzeihung zu bitten.

Schwurgericht Karlsruhe

Im Karlsruhe, 16. Dez. Wegen Meineids hatte sich heute der 22 Jahre alte Schmied Otto Ludwig Dürr aus Hochstetten vor dem Karlsruher Schwurgericht (Vorstandsmitglied Landgerichtsdirektor Böhringer) zu verantworten. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, in einem Unterhaltungsprozess vor dem Amtsgericht Karlsruhe als Zeuge unter Eid wahrheitswidrige Angaben über seine Beziehungen zu der 44 Jahre alten Kindsmutter gemacht zu haben. Erster Staatsanwalt Hoffmann stellte die Erkennung auf eine Zuchthausstrafe in das Ermessen des Gerichts. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Hyniski, trat in erster Linie für eine Freisprechung ein. — Das Schwurgericht verurteilte Dürr wegen fahrlässigen Meineids zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Vier Monate der erlittenen Untersuchungshaft werden auf die erkannte Strafe als verbüßt angerechnet.

Gewerkschaftliches

Schiedspruch für Braunkohlenbergbau

SPD, Berlin, 16. Dez. (Eia. Draht.) Dienstag abend fällt die Schlichterkammer unter dem Vorsitz des mitteldeutschen Schlichters Dr. Hanschild mit den Stimmen der Arbeitgeber einen Schiedspruch über die jetzige Arbeitszeit im Braunkohlenbergbau über den 1. Januar 1931 in Kraft tritt und zwar mit einer sechsmonatlichen Kündigungsfrist bis August 1931. Die Erklärungsfrist für die Parteien läuft am 22. Dezember dieses Jahres ab. — Dieser Schiedspruch ist ein Skandal. Er zeigt nicht das mindeste Verständnis für die soziale Lage der Braunkohlenarbeiter. Es erscheint schon deshalb notwendig, daß der Schlichter von dem gefällten unverständlichen Schiedspruch die Begründung nicht erst nachträglich, sondern sofort der Öffentlichkeit überläßt.

Sport

Anielingen. Am 14. Dezember tagte die diesjährige Generalversammlung des Schützenvereins „Freiwillig“ im Lokal am Volkshaus. Leider war die Versammlung nicht so besucht, wie man es gerne gehofft hätte. Auch da haben sich die unangünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse bemerkbar gemacht, die manchem Sportschützen den Teilnahmebesuch nicht gestatten. Eingang der Versammlung wurde auf die Wichtigkeit des Tages, nämlich des fünfjährigen Bestehens sowie auf den Erfolg der Deutschen Bundesmeisterschaft die der Verein erlangen, hingewiesen, was allgemein Freude hervorrief. Anschließend erfolgte der Geschäfts- und Kassenbericht, der nach kurzen Anfragen und Erläuterungen allgemein befriedigend und der Verwaltung die Entlastung erteilt werden konnte. Der nächste Punkt der Tagesordnung: Resolutions konnte sich nicht abwickeln, da sämtliche Voten mit Ausnahme des Schießwartes von den alten Verwaltungsmittgliedern beibehalten wurden. Nach Regelung verschiedener schiedsrichterlicher Fragen sowie Schiedsstandangelegenheiten wurde die Verammlung scharf kritisiert. Die Verhandlung wurde im wesentlichen durch den Vorsitzenden geleitet. Die Verhandlung wurde im wesentlichen durch den Vorsitzenden geleitet. Die Verhandlung wurde im wesentlichen durch den Vorsitzenden geleitet.

Aus der Stadt Durlach

Für die Wahlen des Stadtratsvorsitzenden, des Obmannes des Stadtratsvorsitzenden und dessen Stellvertreter, sowie des gemischten-beschließenden Ausschusses wurden von sämtlichen Bürgervereinsparteien nur je eine gemeinsame Wahlvorschlagsliste eingereicht, jedoch auf Donnerstag, 18. ds. Mts., angelegte Wahl nicht stattfinden.

Rechtsauskunftsstelle Durlach

In Zeiten wirtschaftlicher Notlage, in welchem Stadium sich die wertvolle Bevölkerung befindet, wird oft der Einzelne vor Fragen und Situationen gestellt, die es notwendig machen, Rat, Schutz und Auskunft irgendwo zu holen. Die Gefahr ist für die Betroffenen neben Ausbeutung und anderen Möglichkeiten sehr groß. Aus dieser Erkenntnis heraus, hat der Ortsauskunftsstelle in Durlach (Schloß-Durlach) seit Monaten eine Auskunftsstelle in Durlach (Schloß-Durlach) eröffnet. In dieser Auskunftsstelle kann sich jeder unentgeltlich in allen Fragen Rat und Auskunft holen, auch werden die oft notwendigen Schriftsätze angefertigt. Die überaus rege Inanspruchnahme dieser Auskunftsstelle hat die Notwendigkeit einer solchen auf neue bekräftigt. Ganz besonders seien die um Durlach liegenden Landgemeinden erneut darauf aufmerksam gemacht, von dieser Einrichtung regen Gebrauch machen zu wollen. Frühzeitige Auskunft hat schon manchen vor Schaden und Nachteile bewahrt. Die Sprechstunden finden wieder regelmäßig statt von 9-12 Uhr und 3-6 Uhr, Samstags keine. Dem Wunsch der Erwerbslosen auf dem Lande, nach der Unterstützungszahlung, die am Donnerstags nachmittag stattfindet, die Auskunftsstelle benutzen zu können soll Rechnung getragen werden.

Also kaufen — kaufen — kaufen, auf Teilsahlungen kaufen. Und nun zu den drei Begriffen Weihnachten — Wirtschaftskrise — Teilsahlungen ein vierter:

Debege, seit Jahren die Trägerin dieses Gedankens, Debege das Kaufhaus mit Zahlungserleichterungen, Debege, der Weg aus der Einkaufsnot, Debege, ein Glied in der Kette einer großen Einkaufsmacht, Debege, das Gebot der Stunde. G. S.

Was mancher nicht weiß

Nach den Beobachtungen, die in einer Fabrik gemacht wurden, meiden Fliegen Bäume, die durch gelbe Glasfenster ihr Licht bekommen. Auch sollen sie sich in Zimmern mit blauen Wänden nicht aufhalten.

In den Vereinigten Staaten gibt es 6 500 000 Farmbesitzer.

Landtag und Wirtschaftsnot

Eine Ueberfülle von Eingängen - Ernste Mahnung des Präsidenten, die Würde des Hauses zu wahren - Kampf der Not

Es wird im Landtag in den nächsten Tagen sehr lebhaft zugehen. Zwar stehen dem Hause vor Weihnachten nur wenige Tage zur Verfügung. Aber der in den Ausschüssen vorbereitete Beratungstoff ist so vielseitig und vielfach, daß wohl das gesamte Gebiet der inneren Reichs- und Landespolitik durchgearbeitet werden dürfte. Ob irgend ein praktisches Ergebnis herauskommen wird, wird abzuwarten sein! Es ist ja bezeichnend, daß gerade die Parteien, die die heftigsten Gegner des Parlaments und des heutigen Staates sind, die sog. Nationalsozialisten, die Kommunisten und auch die Deutschnationalen, dasselbe Parlament, das sie so hassen und dieselbe Regierung, die sie so bekämpfen, am heftigsten mit Entwürfen und förmlichen Anträgen bombardieren. Nur die geistige Verfassung dieser Leute kennt, ihr politisches Gebahren, ihr demagogisches Treiben in der Öffentlichkeit, der weiß, daß ihnen an der Not der Arbeitslosen, an den wirtschaftlichen Verhältnissen im Reich und Land gar nichts liegt, daß sie nicht das mindeste Interesse an der Behebung der Not, an der Besserung der Zustände haben, daß es ihnen lediglich darauf ankommt, Agitation zu treiben, die Unzufriedenheit im Lande zu schüren, aus der Not Parteigewinne zu machen. Keine größere Enttäuschung für Kommunisten und sog. Nationalsozialisten, wie eine etwaige Annahme ihrer uferlosen Forderungen durch den Landtag. Die ihrer Verantwortung dem Lande und dem Volk gegenüber bewusste Mehrheit des Hauses, vor allem die beiden Regierungsparteien, werden unbeeinträchtigt von allem Geschrei und Getöse der Feinde von Staat und Volk, ihre Pflicht tun und mit allen Kräften und allen verfügbaren Mitteln die Not zu lindern versuchen.

Der handliche Verlauf der beiden ersten Sitzungen gab dem Präsidenten Veranlassung, eine ernste Mahnung an die Volksvertreter zu richten, künftig mehr die Würde des Hauses zu wahren. Die Vorträge der Stenogramme der ersten zwei Sitzungen ist auch wirklich eine Fundgrube für jeden Sammler von Schimpfwörtern. Kommunisten und sog. Nationalsozialisten lagen in ebendemselben Streit. Die Mitteilung des Präsidenten, daß ihm die Geschäftsordnung die Möglichkeit gäbe, einen sachlichen und ruhigen Verlauf der Sitzungen zu sichern, wird von allen Volksgenossen, die vom Parlament ernste Arbeit verlangen und in ihm keine Kadaver- und Schimpfanstalt sehen, begrüßt werden. Wir sind überzeugt: nur ein einziges Mal scharf durchgegriffen - Ausweklung, Diäten- und Freifahrtentzug - und man wird ein Wunder erleben. h. w.

3. Sitzung

h. w. Karlsruhe, 16. Dezember.

Mit nahezu einer Stunde Verspätung eröffnete gegen 5 Uhr Präsident Duffner die Sitzung. Zahlreiche Eingänge liegen wieder vor; so neun Regierungsmittelungen, 16 Anträge aus der Mitte des Hauses, 11 förmliche Anträge aus der Mitte des Hauses, 17 Gesuche und neun „Sonstiges“. Die fortlaufende Nummerierung der im Hause zur Beratung kommenden Drucksachen hat schon nahezu die Zahl 100 erreicht. - Nach Verlesung der unendlichen Eingänge erfolgt die Beantwortung einiger kurzen Anfragen. - Die Antwort der Regierung wird von den Schriftführern verlesen. Dann endlich, gegen 1/6 Uhr kann in die Tagesordnung eingetreten werden.

Der Präsident stellt fest, daß die Stenogramme der beiden ersten Sitzungen ein beschämendes Bild zeigen, das weder des einzelnen Volksvertreters noch dem gesamten Parlament würdig ist. Der Präsident habe bei der Unruhe im Hause nicht immer die Möglichkeit, rügend einzuschreiten. Er richte aber die ernste Mahnung an die Abgeordneten mehr die Würde des Hauses zu wahren; sonst sei er genötigt, die schärferen Bestimmungen der Geschäftsordnung anzuwenden. Der Präsident verliest diese Bestimmungen der Geschäftsordnung. - In der Tagesordnung kommen zum Ausdruck die verschiedenen Anträge, die die

Mahnahmen zur Bänderung der Not

betreffen. Es handelt sich um einige kommunizistische Anträge, um einen Antrag des Evangelischen Volksdienstes, einen solchen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Bezirk Südwestdeutschland, und des M. Eberling u. a. in Eberbach. Den Ausschlußbericht erstattet Abg. Seid. Wir haben über den Verlauf der Ausschlußberatung bereits eingehend berichtet. Der Ausschluß be-

trifft die Regierung zu erlauben, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden und selbst sich dafür einzusetzen, daß I. im Wege der alsbald einzuleitenden Verhandlungen mit den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch eine der

jeweiligen besonderen Art des Betriebs angepaßte Verkürzung der Arbeitszeit die Zahl der Arbeitslosen durch Neueinstellung verringert wird und weitere Entlassungen verhindert werden.

II. den Arbeitgebern mit mehr als 5 Beschäftigten die Anmeldung freier Arbeitsplätze bei den öffentlichen oder bei nicht gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlungstellen zur Pflicht gemacht wird.

III. die Zulassung ausländischer Wanderarbeiter in der Landwirtschaft für die Dauer der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit verhindert wird.

IV. daß die ländliche Steidung möglichst gefördert wird die Regierung eruchen, die Bewilligung von Ueberstundenarbeit auf das unerlässliche Mindestmaß zu beschränken; die Regierung ferner eruchen,

im Hinblick auf die Zunahme der Kosten, die den Gemeinden durch das Anschwellen der Zahl der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger erwachsen sind und im Hinblick darauf, daß den Gemeinden die Erleichterung durch die Neuregelung der Arbeitsfrage nicht in dem erwarteten Umfang zuteil geworden ist, erneut im Sinne des Beschlusses des Landtags zu dem Antrag der Abg. Maier, Dr. Baumgartner und Gen. vom 3. Juni 1930 (Druck. Nr. 156) bei der Reichsregierung vorzulegen zu werden.

Die Anträge der Kommunisten begründet Abg. Ahausmann. Neues wüßte der Redner über das Problem der Arbeitslosigkeit und seine Lösung nichts vorzubringen. Was der Redner sachlich vorbrachte, ist schon hundert- und tausendmal von der Sozialdemokratie und den sozialdemokratischen Zeitungen weit besser und weit eindringlicher gesagt worden. Nur mit dem Unterschiede, daß die Sozialdemokratie den ersten Willen hat, der Not zu wehren, während die Kommunisten mit der Not nur Agitation treiben. Die Behauptung des kommunistischen Redners, in Russland sei das Arbeitslosenproblem gelöst, kann doch nur ein Lachen auslösen. Selbst polemisiert der Redner gegen das Schicksal seiner Anträge im Ausschluß. Schlußwort: Proletarische Diktatur!

Abg. Berggäß (Ev. Volksdienst) begründet einen Antrag, in dem verlangt wird, die Arbeitslosen möchten bei der Kultivierung der zur Zeit noch ödendenden Gebiete Deutschlands beschäftigt werden. Der Redner vertritt extreme Agrarforderungen, sieht in Fellen ein Mittel der allgemeinen Not zu wehren.

In der allgemeinen Beratung spricht als erster Redner

Abg. Dr. Rehbach (Centr.)

Die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit sei das wahre Kriegsproblem der Wirtschaft und Sozialpolitik. Beste Hilfe ist allerdings die Beschaffung von Arbeit. Die übergroße Mehrheit der arbeitslosen Menschen sind arbeitswillige Menschen. (Sehr richtig!) Die Idee der Arbeitszeiterhöhung war bisher nur hieniglich bewertet, jetzt erhält sie auch marktwirtschaftliche Bedeutung. Der Vorschlag der Arbeitszeiterhöhung ist ein schönes Beispiel von Solidarität. Möchte solche Solidarität sich auch auf andere Stände ausdehnen. (Sehr wahr!) Auf die Arbeitszeiterhöhung, so fährt der Redner fort, dürfte man nicht allzu große Hoffnungen setzen. Sie werde früher oder später allerdings kommen müssen, aber international und ohne Rücksicht des Einkommens. Einige Deutschland in dieser Frage allein vor, so wäre damit anerkennend der ausländischen Konkurrenz der Unterangabe Deutschlands bezeugt. Die kommunizistischen Anträge scheitern an der finanziellen Unmöglichkeit. Die Arbeitsbeschaffung sei nach wie vor das Kernproblem. Auch sei an die ländliche Steidung zu denken. Zum Schluß appellierte der Redner an die Arbeitgeber und an alle an der Arbeitslosigkeit nicht betroffenen Volksteile, ihren notleidenden Volksgenossen zu helfen. (Beifall.) - Nach diesem Redner wird die Sitzung um 8 Uhr geschlossen und die nächste Sitzung auf Mittwoch vormittags halb 10 Uhr anberaumt.

Die Kontingentierung der Tabaksteuerzeihen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Landtag folgende förmliche Anträge eingereicht:

In einem vom Reichstag am 9. Dezember 1930 einmütig angenommenen Antrag wurde die Reichsregierung eruchtet, die Hauptzollämter anzuweisen, von Satz 2 der Bestimmung über die Kontingentierung der Tabaksteuerzeihen (Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930, Zweiter Teil, Kapitel III, Artikel I unter IV) einen weit entgegenkommenden Gebrauch zu machen und den Bedarf der Betriebe an Steuerzeihen für Dezember so zu bemessen, daß keine Schädigung des Absatzes und der Beschäftigung eintreten.

Eine Verlesung des Reichsfinanzministers vom 10. Dezember 1930 weist darauf hin, daß zwar die Verfügungen vom 4. und 8. Dezember 1930 wegen Beschränkung des Steuerzeihenbezugs

als Richtlinien zu werten sind, daß aber nichts im Wege steht, wenn diese Richtlinien oder die darin angegebenen zahlenmäßigen Grenzen auf den Einzelfall angewendet, zu Härten führen würden (s. B. wenn seit dem Jahre 1929 bzw. 1928 der Absatz eines Betriebes an besterterter Ware sich erheblich vergrößert hat), der Normalbedarf für Dezember 1930 nach anderen Maßstäben festgesetzt werden kann. Dies gilt besonders für die ganz kleinen Betriebe.

Von dieser Verfügung haben im Hinblick auf die immer stärker auftretende Arbeitslosigkeit in weitgehendem Maße unter anderem die ausländische Zollstelle in Bremen, die Landesfinanzämter Göttingen und Hildesheim, insbesondere die ausländische Zollstelle Worms Gebrauch gemacht. Dagegen hat das Landesfinanzamt Baden dem weitgehendsten Entgegenkommen der Verfügung des Reichsfinanzministers vom 10. Dezember 1930 keine Kenntnis genommen und damit der tabakverarbeitenden Industrie in Baden schwersten Schaden zugefügt.

Was bedenkt die Badische Regierung zu tun, damit auch das Landesfinanzamt Baden sich zu einem Entgegenkommen gegen die badische Tabakindustrie bereit erklärt, um dieselbe dem durch die Ueberfülle von Tabaksteuerzeihen gegenüber der außerbadischen Tabakindustrie zugrunde zu gehen.

Aus aller Welt

Unwetter in Anatolien

Konstantinopel, 16. Dez. (Eig. Draht.) Ueber Sidonatalien zogen in den letzten Tagen ein schweres Gewitter nieder, das erhebliche Ueberflutungen verursachte. Die Ortsteile Adana, Merzifon, Kozan und Adana liegen unter Wasser. 18 Dörfer sind von der Umwelt vollkommen abgeschnitten. Bisher sind 8 Tote zu verzeichnen. Der Schaden läßt sich noch nicht übersehen.

Großfeuer in Bremen

Auf dem im Bremer Hafengebiet an der Weser gelegenen Gelände der Firma Gebrüder Nielsen, Reismühle und Stärkefabrik G.m.b.H. brach ein Brand aus, der einen Wechsellager von 100 Meter Länge und 70 Meter Tiefe vollständig ausbrannte. Die Bemühungen der Feuerwehren gelang es nach angelegtem Lösungsversuch, den Brand auf seinen Herd zu beschränken, so daß ein Uebergreifen des Feuers auf benachbarte Fabrikgebäude nicht mehr zu befürchten ist.

Brasilien gegen Einwanderung

Die brasilianische Regierung hat angeordnet, daß die ausländischen Schiffe ab 1. Januar Passagiere 3. Klasse nicht mehr annehmen dürfen. Von dem gleichen Zeitpunkt ab ist es den brasilianischen Konsuln in allen Ländern der Welt verboten, weiterhin Bitten um Einwanderung zu erteilen.

Die Speyerer Schiffbrücke beschädigt

Wegen Beschädigung der Schiffbrücke bei Speyer durch einen Unfall fahrenden Dampfer mußte der Eisenbahnverkehr nach Speyer über Luchhof am 14. Dezember ab 16 Uhr eingestellt werden. Die Züge verkehren bis auf weiteres nur bis und ab Luchhof. Der gesamte Verkehr nach Speyer wird über Mannheim-Ludwigshafen umgeleitet. Ueber die Brücke wird Fußgängerverkehr aufrechterhalten. Die Wiederherstellung der Brücke wird voraussichtlich mehrere Tage beanspruchen.

Auskünfte

De., Gröningen. Wir konnten eine dortige Firma leider nicht ausfindig machen.

2. B. I. Bei den Mündelgebern wird keine Ausnahme gemacht. 2. Der Aufwertungsatz beträgt mindestens 12 Prozent. Von 1921 waren 100 Papiermark nach der amtlichen Umrechnungstabelle 5,88 bis 6,84 Goldmark. 3. Eine Verzinsung kommt in Frage und zwar zu der bei den Staatsfällen üblichen Höhe.

Densheim. Die Uebereignung richtet sich nach dem Uebereignungsvertrag. Sie kann schon bei Lebzeiten der Uebereignung sowie auch nach dem Tode derselben in Kraft treten, je nach den Bestimmungen des Vertrages.

Auer Straße. Wenn die betreffenden Gläubiger in der Lage sind, die Schuld nachzuweisen (evtl. unter Eid), dann sind Sie verpflichtet, aus dem hinterlassenen Vermögen des Mannes die Schulden zu bezahlen. Aus dem Vermögen der Frau und der Kinder drängen die Schulden nicht bezahlt zu werden.

Sch., Gröningen und andere. Wir bitten dringend, Berichte mit Bleistift, vor allem nicht mit Tintenblei zu schreiben. Tintenblei geschriebenes Manuskript ist gerodet. Gilt für die Augen des Lesers.

Chefredakteur: Georg Schoppa, Verantwortl. Schriftf. Hermann Baden, Volkswirtschaftl. Aus aller Welt, Verle. Karlsruhe, Gröningen, Bad. Landtag, Gemeindefürsorge, Aus der Verle., Badische Chronik, Aus Mittelhessen, Durlach, Gerichtszeitung, Reichsblatt, Die Welt der Frau: Hermann Winter, Groß Karlsruhe, Gewerkschaftl., Soziale Anbahnung, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendblatt, Sozialer Arbeiter, Auskünfte: Josef Eisele, Verantwortl. Schriftf. für den Anzeigenzettel: Erika R. Rager, Badische Anbahnung in Karlsruhe in Baden, Druck u. Verlag: Verlagsgesellschaft des Volksfreunds, Karlsruhe, G.m.b.H. Karlsruhe

LEISTUNGSFÄHIGE SPEZIAL-FIRMEN

Leipheimer & Mende

Das Spezialgeschäft

für Herren- und Damenstoffe, Wäsche- u. Haushaltsgüter

WERKSTÄTTE FÜR GERÜSTBAU

Heinrich Kling jun.

Karlsruhe i. B., Sophienstr. 114 / Fernruf 5175

Anzeigen im Volksfreund

Von den politischen Tageszeitungen Mittelbadens die weitest höchste Bezugszahl

bringen sicheren Erfolg!!

Brauerei Kuttentkrenz



St. Martinsbier

Eis- und Mineralwasserfabrik / Bier-Großhandlung

KETTERER-BIER

Lieferung an jedermann - Schnellste und reelle Bedienung

Merz G. m. b. H.

Hirschstraße 30, Fernruf 7629

Fridolin Morlock

Werkstätte feiner Maß-Schneiderei für Damen und Herren

Spezialität: Sport-Bekleidung

Karlsruhe i. B. / Fernsprecher Nr. 5400



Essigfabrik Karlsruhe (Baden)

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Augartenstraße 75, Telefon 312

Qualitätsmarken - Garantiert reine Gärungsprodukte

K. GÖSSEL / Karlsruhe, Kriegsstraße 97

Telefon Nr. 6938/39

Baumaterialien und Marmor, Platten-Spezialgeschäft

Ausführungen in Wand- und Bodenplatten aller Art, Asphalt-, Dachdeckungs- und Zementarbeiten

Fabrikation in: Kunststeinen, Zement- und Marmorwaren aller Art

Der Totenkampf der Freiheit

Von
Pietro Nenni



Die Bestiennatur des Faschismus



erschienen 1930 bei Verlag J. S. W. Dieckmann, G.m.b.H., Berlin.
(Alle Rechte vorbehalten)

Als ihm die Zukunft von Bologna ein Mißtrauensvotum gibt, tritt Mussolini zurück. Aber dieser Familienzwist nicht lange dauern. Sobald er sich allein sieht, entschließt sich zum Rückgeben. Beim ersten faschistischen Kongress in Rom macht er seinen Frieden mit den agrarischen Gegnern des Faschismus, und als dann blutige Zusammenstöße mit der bürgerlichen Bevölkerung stattfinden, erklärt er, der Pakt wäre erfüllt und begraben.
Wenige Tage später ermorden die Schwarzhemden den Bruder Müller in Triest und den sozialistischen Führer Lombardi in Cremona. Die faschistischen Strafexpeditionen werden in schärferer Form wieder aufgenommen. Und nun ziehen in den Straßen von Rom, von Mailand, von Florenz die „die das Unwetter verkünden“, während jammerrliche Montecitorio in ihrer kleinen Bahnhöfe weiterwursten und sich Vorteil von dem Unheil versprechen, das auch sie treffen sollte...

13. Die sozialistische Krise

Die sozialistische Bewegung war in Italien nicht aus der Ermordung der Dinge und der Erschütterung der Geister entstanden, die der Krieg hervorgerufen hatte. Schon vor dem Krieg verfügte sie über eine nicht unansehnliche Macht. Die Kammer zählte die Partei sechsundhundert Abgeordnete. Sie hatte eine eigene Presse mit nahezu hundert Wochenblättern. Für die Organisation war die deutsche Methode vorgebildet gewesen. In der Praxis konnten die fünfzehnhundert Mitglieder bei der Generalversammlung der Partei organisierten Arbeiter und ländlichen Arbeiter zu der Machtmittel der Partei gezählt werden. Das Genossenschaftswesen war hoch entwickelt und hatte große wirtschaftliche Bedeutung. Der Einfluß der sozialistischen Ideen war nicht auf das Proletariat beschränkt, sondern machte sich in starkem Maße in der bürgerlichen Intelligenz fühlbar. In der im Jahre 1891 von Filippo Turati begründeten „Critica Sociale“ wurde der Marxismus populärisiert und seine Methode wurde auf die gesellschaftlichen Erscheinungen angewandt, was auch auf die eingewurzelten intellektuellen Gewohnheiten des Bürgertums erneuernd und verjüngend wirkte.
Während des Krieges hatte die sozialistische Partei die Idee des Internationalismus hoch gehalten, die man in anderen Ländern eingezogen hatte. Auf den Tagungen von Brindisi und Zimmerwald war ihr eine führende Rolle zugesprochen, die ihr die Reaktion nie verzeihen sollte.
Nach dem Kriege erfolgte die Entfaltung des Sozialismus in ähnlicher Weise. Hatte er im Jahre 1914 nur fünfzigtausend Mitglieder, so wies das Jahr 1919 deren zweihunderttausend auf, während gleichzeitig die Generalversammlung der Partei von einer halben Million auf zwei Millionen Mitglieder anstieg. Die parlamentarische Fraktion wurde in den veränderten Verhältnissen, die vor dem Krieg nur wenige Hundert betragen hatte, wuchs jetzt auf über zweitausend. Gleichzeitig entwickelte sich im Proletariat jenes stolze Selbstvertrauen, das sich den leitenden Aufgaben gewachsen fühlte, der Arbeiterklasse hatten, jenes Selbstvertrauen, das eine eigenartige Form des Klassenbewußtseins ist.
Daher ergaben sich gleichzeitig zwei grundlegende Probleme: Wo würde man genug politisch erfahrene Menschen finden, um die zum Sozialismus störende Masse zu organisieren und innerlich unserer Sache zu gewinnen? Welche gesellschaftliche Aufgabe sollte sich unsere Bewegung stellen? Der Mangel an führenden Elementen war daran schuld, daß Demagogie ohne Erfahrung und ohne sozialistische Bildung eine so große Rolle spielen konnten. Jede Stadt, jedes Dorf hatte seinen Lenin in Miniaturausgabe. Das war zu der Zeit, wo man, nach einem Wort Serratis, alle Fragen mit „Soße der proletarischen Diktatur“ servierte und wo jede Partei, die die Errichtung einer Beherrschung verlangte, dabei auf die Diktatur des Proletariats berief.
Wir erlebten die magische Kraft einer Formel, den Zauber, der von der russischen Revolution ausging, die jedoch unter wirtschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen herangereift war, mit denen die Lage Italiens nichts gemein hatte.
Im Oktober 1919 hielt die Partei in Bologna ihren ersten Parteitag nach dem Kriege ab. Die Situation war damals durch außerordentlich. Man vergessenermaßen sich die Krise des Staates, den Aufbruch in der Armee, die tiefe Erschütterung in ganz Europa, die unermeßlichen Schwierigkeiten, die über Sieger und Besiegte hereingebrochen waren, die Vorzeichen der großen wirtschaftlichen Krise! Das alles schien die Arbeiterklasse zu den größten Hoffnungen zu berechnen. Und in der Tat bot der Parteitag das Bild großer Begeisterung, der in der ganzen Stadt fühlbar war.
Aus den Worten der Redner sprach ein fast mystisches Verlangen auf die Revolution als der gerechten Antwort des Proletariats auf das Verbrechen des Krieges. Alte Parteimitglieder, wie Serrati, junge, wie Bordiga, wandten ihren Blick nach Moskau, um in dem russischen Beispiel das Ziel zu sehen, auf das sie das italienische Proletariat verweisen wollten. Leider holten sie aus Moskau nur die Formeln und das gewaltige Beispiel des revolutionären Wirklichkeitsbewusstseins, den die russische Bewegung bot.
Auf dem Parteitag fanden sich nur zwei Männer, die jenen Blick der Gewalt zurückwiesen, der aus den Worten und aus den Taten sprach. Es waren Filippo Turati, der von der Partei keine Waffen zu liefern, und Costantino Lazzari, der, obwohl er die intransigenteste Linke der Arbeiterklasse vertrat, dem Parteitag zurief: „Wenn Sie ihre heutigen Taten umsetzen, werden fürchterliche Tage über die Partei hereingebrochen.“
Die italienische Partei gab sich in Bologna neue Leitsätze, die ganz unter der Herrschaft leninistischen Geistes standen. In ihnen hieß es unter anderem: „In Erwägung der Tatsache, daß noch nie eine herrschende Klasse auf ihre Vorherrschaft verzichtet hat, ohne durch Gewalt dazu gezwungen zu sein,“

letztlich zur Verteidigung und zur Eroberung der Macht der Gewalt nicht entzogen kann, und betont die Notwendigkeit, die Massen moralisch und materiell auf diesen Kampf vorzubereiten.“ Weiter hieß es, „daß die Werkzeuge der bürgerlichen Herrschaft (Staat, Parlament, Gemeindeverwaltung) in keiner Weise zu Organen für die Befreiung des Proletariats umgestaltet werden können“, und daß „nur die Diktatur des Proletariats zur Beseitigung der Klassen und dadurch zur Errichtung des Sozialismus führen kann.“
Sobald es sich nun darum handelte, von der Theorie zur Praxis überzugehen, erwies es sich, daß der Buchstabe der angenommenen Resolution über den Geist und die revolutionäre Fähigkeit einer Partei hinausging, die in der Atmosphäre eines paternalistischen Liberalismus groß geworden war. Während die Massen die Straße und die Fabriken besetzten, verbrachten die Führer ihre Zeit mit Diskussionen über die Taktik, in denen ihre ihre Unentschlossenheit Ausdruck fand.
Was die Bourgeoisie betrifft, so kannte die keine Unentschlossenheit oder Strupel. Zwei Gruppen, nämlich die Agrarier und die Reder, die beide in ihrem Wirtschaftsgelände die gewaltigen Fortschritte der proletarischen Genossenschaftsbewegung erfahren hatten, übernahmen die Führung der anti-sozialistischen Offensive. Da jede sozialistische Bewegung in ihrem Vorwärtsschreiten mit Notwendigkeit zahlreiche Interessen verlor, bildete sich der Block der Arbeitergegner ganz von selbst. Gewisse taktische Mißgriffe unserer Partei, besonders gegenüber den Heimkehrern und einigen Schichten des Kleinbürgertums, trugen dazu bei, diesen Block zu festigen und zu vergrößern, dem ohnehin die junge bürgerliche Intelligenz ihren patriotischen Feuereifer und die verarmten Angehörigen des Bürgertums ihre Illusionen und ihren Haß gegen den befehlgestellten Arbeiter zuführten.

In der Tat fand man in Vercelli, wo im nächsten Jahre der Parteitag zusammentrat, eine gänzlich veränderte Situation vor. Zahlenmäßig war die Partei unermindert: 216 327 Mitglieder, Auflage des „Avanti“ 300 000 Exemplare, 156 Abgeordnete, 2162 sozialistisch verwaltete Gemeinden und 26 Provinzen. Aber unter dieser scheinbaren Macht wurde die sozialistische Partei von einer schweren Krise unterwirft. Der Widerspruch zwischen ihren Worten und ihren Taten, die Unfähigkeit, aus dem Gewirr der Formeln zur Aktion überzugehen, die schicksalsmäßige Verschärfung der Gegensätze — all das hat viel mehr zur inneren Zerkleinerung der Partei beigetragen als die sozialistische Offensive. Nur die Aktion kann einer großen Partei Einheit geben; das ewige Diskutieren schwächt und entmuttert.
Und dann kam die Spaltung. Gerade in dem Augenblick, wo die sozialistische Partei des moralischen Kräfte ihrer Einheit und ihrer Ueberlieferungen am meisten bedurfte, sollte sie sich spalten. Moskau forderte die vorbestimmte Annahme der berühmten einundzwanzig Punkte, um die damals so viel Tinte geflossen ist. Außerdem forderte es die Ausschließung des reformistischen Flügels aus der Partei.
Es folgten leidenschaftliche Diskussionen. Die Aufmerksamkeit der Genossen wurde auf innere Fragen gelenkt, die schließlich doch nebensächlich waren. Linke, Zentrum und Rechte gaben einander gegenseitig die Schuld für die Schwierigkeiten der Situation. Da der Parteitag sich weigerte, die Rechte auszuscheiden, erklärte die äußerste Linke ihren Austritt und konstituierte sich als kommunistische Partei. Damit waren dem Wirrwahl und dem Unheil die Tore geöffnet. Hunderttausend der bisherigen Mitglieder erneuerten ihre Mitgliedskarte nicht. Zwischen den beiden Arbeiterparteien entbrannte eine Polemik von unerhörter Heftigkeit. Es bot sich das vielleicht noch nie dagewesene Bild einer großen Partei, die sich angesichts des Angriffs durch einen erbitterten Feind spaltete und dem Gegner durch ihren inneren Hader Vorlauf leistete.

Seit dem Januar 1921 verfiel die sozialistische Bewegung Italiens von einer Krise in die andere. Die Unfähigkeit, die sie angesichts einer möglichen Revolution an den Tag gelegt hatte, wurde noch größer, als es galt, sich auf die Verteidigung der politischen Rechte und Freiheiten zu beschränken und das Problem eines etwaigen Eintritts in die parlamentarische Koalition oder in die Regierung zu lösen. Am gerecht zu sein, muß man hinzufügen, daß die Partei als möglichen Partner die erbärmlichsten politischen Gruppen vor sich hatte.
Die Polemik der sozialistischen Richtungen untereinander war nachgerade chronisch geworden. Sie griff vom Parlament auf die Presse über, von der Presse auf die Parteiorganisation, um dann von diesen wieder zum Parteitag aufzukehren und zu den Tagungen der Generalversammlung der Partei. Das Fortschreiten des faschistischen Angriffs, die Bedrohung des konstitutionellen Staates, die in manchen Schichten des Bürgertums zutage tretende Besorgnis wurden von der Rechte unserer Partei zugunsten einer parlamentarischen Koalitionspolitik gegen den Faschismus ins Feld geführt.
Unter den Erinnerungen meines politischen Lebens wüßte ich keine, die sich mir tiefer eingepägt hätte als die der Tagung des sozialistischen Nationalrates, die in Rom im April 1922 stattfand. Ich war soeben zum Chefredakteur des „Avanti“ ernannt worden. Die Lage war außerordentlich ernst. Das Proletariat hatte seine „verwüsten Provinzen“, deren Umfang von Tag zu Tag zunahm. Nur in den norditalienischen Industriefabriken hielt sich die Arbeiterklasse in ihren Stellungen. Die Parlamentsfraktion befand sich in einer Art latenten Aufstandes gegen den Parteivorstand, was wenige Monate später, kurz vor dem Marsch auf Rom, zu einer neuen Spaltung führen sollte.

Was war zu tun?
Das Problem befahl eine tragische Dringlichkeit. Zwei Tage lang prallten in einem trüben Saal der Via del Seminario die Auffassungen und die Leidenschaften aufeinander. Modigliani, der heute als Emigrierter in Paris lebt, trat mit glühender Beredsamkeit für die Notwendigkeit ein, daß unsere Parlamentsfraktion mit allen Mitteln, sogar durch Eintritt in eine antifašistische Regierung — deren Zustandekommen ihm freilich selbst als sehr schwierig erschien — die Wiederherstellung normaler Verhältnisse im Lande herbeizuführen und die Abrüstung der faschistischen Kampfmittel erzwingen.

Serrati, der noch der Führer der allerdings erschütterten Mehrheit war, konnte sich nicht entschließen. Er erwog das Für und Wider des Vorschlags der Parlamentsfraktion in langem und schwerem Grübeln. Er setzte keinerlei Vertrauen darauf, daß sich in diesem Parlament eine handlungsfähige Mehrheit bilden könnte. Nach seiner Ansicht war ein Verzicht in dieser Hinsicht bereits gemacht worden, und er war mißlungen. Von der Möglichkeit eines Eintritts von Sozialisten in die Regierung wollte er nichts wissen.
„Wenn wir in eine bürgerliche Regierung eintreten, so bedeutet das das moralische Ende der Partei. Man kann auf dem Boden der Gewalt und der Macht besiegt werden. Das würde nur eine vorübergehende Krise sein, nach der wir uns wieder erheben würden. Aber wir werden uns nie wieder erheben, wenn wir dem Feinde in prinzipiellen und ideellen Dingen weichen.“
Was tun? Die Vertreter der „verwüsten Provinzen“ waren zugegen, Arbeiter und Bauern. Sie sprachen nicht als Politiker, sondern als Arbeiter und Opfer. Sie sprachen von ihrer Qual, ihrer Not, dem moralischen Jammer ihrer Situation, von den Demütigungen ihrer Frauen und Kinder, von der wachsenden Freiheit der Arbeitgeber. „Rettet uns!“ Das war das Leitmotiv all ihrer Reden.

Man beschloß also die offizielle Beteiligung der Parlamentsfraktion an einem Generalkrieg, dessen Vorbereitung dem „Bund der Arbeit“ anvertraut wurde, der alle Arbeiterorganisationen zur Verteidigung der politischen Rechte zusammenfachte.
14. Die Jämmerlichkeit des Parlaments
Am 16. Februar 1920 trat das Ministerium Bonomi, das vor acht Monaten die schwere Regierungserbschaft Giolittis angetreten hatte, vor die Kammer, um ein Vertrauensvotum zu fordern. Dasselbe Ministerium war am 2. Februar auf Grund eines außerparlamentarischen Zwischenalles zurückgetreten, aber jeder Versuch, die Krise durch Bildung eines neuen Kabinetts zu lösen, war gescheitert. Die katholische Volkspartei hatte gegen die Rückkehr Giolittis ihr Veto eingelegt, der Kammerpräsident de Nicola war nicht imstande gewesen, die zahlreichen Gruppen und Untergruppen der Mehrheit in einem Ministerium zu vereinigen. Der frühere Ministerpräsident Orlando hatte nicht mehr Glück, so daß der König Bonomi veranlaßte, wieder vor die Kammer zu treten, um einen politischen Fingerzeig für die Lösung der Krise zu erlangen.
Die Kammerdebatte spiegelte die allgemeine Verwirrung wider. Der Fraktionsredner der Sozialisten zeigte die einzigen offenkundigen Wege. Man mußte entweder einen letzten Versuch zum Frieden machen, auf der Grundlage freier Entwicklung aller Kräfte des Landes, oder den Weg zur Diktatur einschlagen. Er verknüpfte weiter, daß die sozialistische Fraktion einstimmig beschloß, ein Ministerium zu unterstützen, das die Rückkehr des Landes zu Gerechtigkeit und Ordnung ernstlich durchzuführen entschlossen war.
Man hätte meinen sollen, daß unter dem Eindruck der faschistischen Gewalttaten die Kammer sich für den friedlichen Weg entscheiden mußte. Sie hatte wahrhaftig keine Zeit zu verlieren, wenn sie ihre Ehre und ihr Prestige retten wollte. Aus Haß gegen den Sozialismus hatte sie seit beinahe einem Jahr gebuddelt, daß eine bewaffnete Fraktion sich die Befugnisse des Staates anmaßte. Jetzt galt es Einhalt zu gebieten oder abzutun.
Die Bevölkerung wartete mit Ungeduld, wenn auch mit wenig Hoffnung auf eine Entscheidung. Sie hatte schon einmal ihr Vertrauen auf Bonomi gesetzt, auf den früheren Sozialisten, den Erben des Gedanken Bissolatis, und hatte darauf gewartet, die Staatsautorität wiederhergestellt zu sehen. Aber die Regierung Bonomi war im Opportunismus versumpft und hatte vor den bewaffneten Banden des Faschismus kapituliert, die sich in einem Telegramm an den Ministerpräsidenten anheißig machten, eine Liste der hohen Zivil- und Militärbeamten zu veröffentlichen, von denen sie zu ihrem Angriff auf den Sozialismus moralische und materielle Hilfe empfangen hatten.
Ein Staatsmann, der in dieser entscheidenden Stunde, wo alle Schichten der Gesellschaft müde und erschöpft waren, dem Bürgerkrieg ein Ende geleistet hätte, wäre zu einer ungeheuren Autorität gelangt. Aber keiner der parlamentarischen Führer der Mehrheit hielt seine Stunde für gekommen. Und jeder suchte sich der sofortigen Aufgabe zu entziehen. Daher keine Klarheit in der Debatte, keine Klarheit in der Entscheidung der Fraktionen. Es ging so weit, daß in derselben Abstimmung, die das Ministerium Bonomi stürzte, die Kammer, von den Faschisten bis zu den Sozialisten, einstimmig für eine Tagesordnung eintrat, in der die Notwendigkeit gegenseitiger Verständnisses der Klassen, der Freiheit der Arbeit, des Koalitionsrechtes und das Recht der Arbeiterklasse betont wurde, im Staat und in der Fabrik eine ihrer sozialen Bedeutung entsprechende Stellung einzunehmen. Ein einstimmiges Votum gegenüber einer Situation, die gebieterisch eine Entscheidung zwischen rechts und links forderte, kann immer nur Ausdruck und Quell der Konfusion und der Zweideutigkeit sein.
In der Tat erwies sich die nun folgende Krise als noch verworrener als die vorhergehende, und sie stellte die moralische Jämmerlichkeit des Parlamentarismus in grelles Licht. Freigebigkeit, Eifersucht, Unfähigkeit, niedrige Gesinnung, das waren die Eigenschaften und Gefühle, die zutage traten. Die herrschende Klasse Italiens war, natürlich mit persönlichen Ausnahmen, in voller moralischer Zerkleinerung. Sie hatte keinerlei Bewußtsein der Gefahren, die die Nation bedrohten. In ihrer Mittelmäßigkeit vermochte sie es nicht, sich über die kläglichen persönlichen Jäntereien und Eifersüchteleien zu erheben und zu einem Ueberbild über die Krise des Landes zu kommen und über die Mittel ihrer Lösung. Das Land brauchte einen Mann als Regierungsoberhaupt. Statt dessen bot die Mehrheit einen Herrn Facta an, einen lächerlichen und grotesken alten Mann, der geistig und körperlich eine Karikatur der Autorität war.

(Fortsetzung folgt.)

Jetzt kaufen!



Was zerbrichst du dir den Kopf?? Du findest alles doch bei Knopf!

Schöne u. praktische Geschenke!

- Zwiebelbehälter 1,45, Kensele 1,20, S.S.S.-Garnitur 2,95, Salateisler 1,95, 1 Satz Fleischöpfe 10,75, Eßlöffel oder Gabel 1,50, Esmesser 1,75, Kaffeelöffel 75, Etui m. 6 Kaffeelöffel 2,50, Schreibtschuh 4,95, Rauchtischgarnitur 95, Tortenplatten 90.

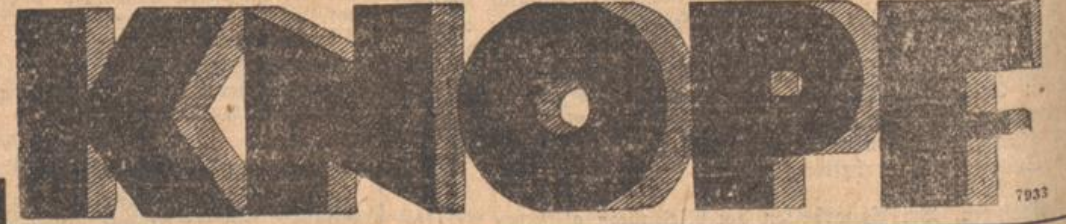
- Gebäckkasten 2,90, Kaffeekann.-Unter-setzer mit Decor 60, Schreibzeug 1,20, Damenschuhe 5,90, Herrenschuhe 9,75 11,50 7,50, Flotte Filzhüte u. Kappen 1,45, Fichus 85, Bunte Lavaliers 95, Garnitur 1,65.

Der größte Tiefstand der Preise ist erreicht!

- Felzier-Collier 9,50, Polzkragen 12,50, Fuchsform 12,50, Handtasche 4,50, Stadtkoffer 3,50, Coupé-Koffer 5,50, Geldbeutel 95.

- Handspiegel 2,50, Bürtengarnituren 2,45, Nachthemden 1,75, Nachthemden Langarm 3,75, Kunst-Unterkleider 3,25, Bettjäckchen 4,95, Schlafanzüge 4,75.

- Damenkleid 14,50, Morgenröcke 2,75, Paradediksen 1,85, Tischtische 4,50, Tischdecke 2,95 2,45, Bett-Garnitur 7,95.



Dankagung für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme...

Amthliche Bekanntmachungen Durch Erlass des Herrn Ministers...

Der Blitz vom Mittwoch. Kaler'socken -95, 6 Damentaschentücher 1.30, 3 Herrenaschentücher -65. BURCHARD

Weihnachts-Geschenke für wenig Geld. Bestecke erlter Fabrikate. Kaffeeöffel 1/2 Dtzd. 3,50, 4,20, 7,10, 7,90.

Trauerbriefe. Hier ist schnell u. billig Verlagsdruckerei Volksfreund GmbH.

Ergebnis der Wahl des Stadtverordnetenverbandes...

BRILLEN-KLOUDA. Kaiserstraße 128, 1 Treppe. Lieferung sämtl. Krankenkassen!

Verfleigerung. Donnerstag, 18. Dez. 1/23 Uhr, 1. u. 2. g. g. d. r. Möbel aller Art.

Colloleum. Das vollständigste neue Attraktionsprogramm mit Kapitän Winton's Wasserlöwen und Nymphen.

Der lustige Krieg. Operette von F. Strauß. Regie: Dr. Waag.

Kaffee Bauer. Heute Mittwoch 20.30 Uhr. 1. Sonderkonzert der Kapelle Franz Osenegg.

Chaielongue. Beden in gr. Auswahl. 21 Mann. Klubmöbel, Matrassen, etc.

Badisches Landestheater. Mittwoch, 17. Dez. außer Rente. Der lustige Krieg.

Verloren. Verloren. Verloren. Verloren. Verloren. Verloren.

Bruchsaler Anzeigen. Vom 15. Dezember ds. J. ab werden die Steuerarten für 1931 aufgestellt.

Weihnachts-Verkauf. in Qualitätswaren. Die Preise sind durchweg den heutigen Verhältnissen angepaßt.

Joh. Hertenstein. Manufakturwaren. Strang reelle Bedienung.